

Sächsisch-Landeszeitung für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 214

1921 Nr. 137

Bezugspreis: Für die erste und zweite Klasse monatlich 12,50, vierteljährlich 37,50, halbjährlich 72,50, jährlich 140,00. Einmalig 2,00. Druck der Zeitungsverwaltung. Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postfachkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe

Anzeigenpreis: Die Spalte 34 mm breit, 10 mm hoch. Die Spalte 10 mm breit, 34 mm hoch. Geschäftsstelle Berlin: Sternburger Str. 80. Fernruf Zentrale 4229. Eigene Berliner Schriftleitlinie. — Deriva u. Druck von Otto Ulshle Halle-Saale.

Mittwoch, 23. März

Die Riesenschuld der Provinz Sachsen

32 Millionen Fehlbetrag — Ratschläge zur Deckung — Einheitsfront?

Der 33. Provinziallandtag

(Von unserem nach Besprechung erkrankten Mitarbeiter der Redaktion.)

Merkburg, am 22. März 1921.

Unser Provinziallandtag scheint dem Grundsatze zu huldigen, daß an die schwerste Arbeit zu erit herangegangen werden muß. Mit der schwierigsten Vorlage begann er gestern seine lödlichen Beratungen. 32 Millionen Fehlbetrag, keine Deckungsmöglichkeiten, abgelebte Debitanleihe — das alles ist aus der Presse bekannt. Gestern kam es aber in den Spößsiegel des Plenums. Und da wurden die Strahlen gefangen und die Meinung der ganzen Provinz, der Kreise und der Städte kam in sorgenvollen Worten zum Ausdruck. Von den Westen bis zu den Unabhängigen ist man sich einig, daß außerordentliche Maßnahmen notwendig sind, um diese außerordentliche Schuld zu bedecken. Als man die Worte des unabhängigen Zeiter Bürgermeisters hörte, der wie ein bürgerliches, kapitalistisch gesinntes Stadtoberhaupt die schwierigen Fragen dieses Problems behandelte, weil die Provinz aus ihm einen tüchtigen Redner gemadht hat, konnte man fast an eine Einheitsfront des Landtags in dieser Frage denken. Aber da kam Herr Oberbürgermeister Jürgens einer mußte der Spößmacher in jener Stunde sein. Vorjährlig war es Herr Kapfars, den die rauhe Landratsvirklichkeit auch Klein und bescheiden gemadht haben soll und heuer belüßigt unser hülferundige Stadtrat Osterburg das Plenum. In den Ernst der um die reisten Wege kämpfenden Männer trat der spößigste Korrekture wie der Schneider in den Rat der Weisen. Waslang hatte Ernst aliber dem Hause gewalltet. Jetzt aber begann der Schall zu wirken und man lagte über jenen Stadtrat der die Welt mit Nealen, russischen Ullrungen kurieren will. „Der Vankerrott ist nicht da, sondern sogar hier“ und: „Sie sollen Vor schläge entgegennehmen“. Erst wollte er keine machen, um den Zusammenbruch der kapitalistischen Profitvirklichkeit der Bourgeoisie nicht anzuholen, aber dann machte er doch weiche und dann wollte er doch nichts vorge schlagen. Diese klare Stellungnahme scheint dem Kommunismus eigen zu sein. Hülgenrunder des sonst artigen Säulens, das in seiner Mitte die einzigen Damen dieses Hauses bewahrt, ließen das erkennen. Aber sie sind im Gegensatz zu den Unabhängigen des vorigen Jahres, die der Regie Kapfars glänzend folgten, kaum und nicht dreißig zu nennen. Wie lange? Schon heute steht der Antrag der K. A. P. auf der Tagesordnung der die Juridiehung der Eipo aus dem Angehörigebiet beantragen soll. Aber da Herr Höfing in seiner Eröffnungsrede ausdrücklich erklärt hat, daß die Staatsregierung den bestenfalls einen Ende machen will, wird die Scheinheiligkeit bald begraben sein. Denn bei der Frage kommt selbst die allerachteste Kommunistin in die zornige Welle.

Sigungsbericht

Am 24. März eröffnet der zweite Vorsitzende, Oberlandespräsident Gladius die Sitzung. Er stellte als Bedingung des Kaufes fest, daß die Gesamtanleihe des Landes für die nächsten 10 Jahre zu bedecken sein soll. Für den Staatsbankrott sind auch dieses Mal 19 Mitglieder zu wählen. Die Fraktionen sollen sich darüber einig werden, wieviel Mitglieder je nach ihrer Stärke entsandt werden sollen.

Nachtragsumlage für das Rechnungsjahr 1920

Wir haben bereits bei den Vorbesprechungen der Landtagsarbeit ausführlich über die Angelegenheit berichtet. Es handelt sich um die Aufbringung des Fehlbetrages von 32 Millionen Mark für 1920, deren Umlagerung durch Vermögensumwälzung infolge des Kapp-Zugriffes vom vorigen Amtjahr nicht bewerkstelligt werden konnte. Um die Kreise nicht allzu sehr zu belasten, hatte der Provinzialausschuss eine Debitanleihe in Aussicht genommen, die aber trotz persönlicher Vorstellung in Berlin selbst in diesem wohl nie wiederkehrenden Eingeständnis infolge des Kapp-Zugriffes vom vorigen Amtjahr nicht bewerkstelligt werden konnte. Die restlichen 18 Millionen müssen durch eine Steuerumlage von 100 Proz. aufgebracht werden. Diese Ausführungen machte der

Landtagspräsidenten Professor von Wilmowski, der weiter erklärte, daß früher keine Fehlbeträge aufgewiesen worden, sondern daß man immer Überbeträge in einem Fehlbetragskonto haben würde. Dieser Fall aber in

den Kriegsjahren aufgebracht worden. Er gibt die näheren Einzelheiten darüber, wie der Fehlbetrag entstand, bekann und bittet das Haus, die Vorlage an die Kommission zu überweisen, die Mittel und Wege zur Tilgung finden soll, da andererseits die ganze Finanzgebarung der Provinz gefährdet ist. Als erster Redner dazu nimmt

Oberbürgermeister Weims-Magdeburg (S.) das Wort: Ich nehme an, daß der Provinziallandtag die Vorlage an den noch zu wählenden Ausschuss überreichen wird, von dem wir morgen dann die Entscheidung abwarten können, um uns im Hinblick auf die Tilgungsmöglichkeiten schüßig zu werden. Und doch möchte ich die erste Stellung nicht vorübergehen lassen, um Stellung dazu zu nehmen. Früher hatte die Provinz eine einfache Rechnung, aber der Verschleiß ist ja verdammt. Die Provinzialverwaltung hätte eher bedacht sein müssen, auf welche Weise die Tilgung zu bewerkstelligen ist, und nicht diese ungeheuren Fehlbeträge. Die alten Mittel der Umlageerhöhung sind für die zurückliegende Zeit nicht anwendbar. Es muß hier in aller Öffentlichkeit einmal gesagt werden, daß durch die laufende Entlastung der Gebührensätze die Staatskasse außer ganzen Linie zahlungsunfähig geworden sind. Zumal die Zuschüsse sind nicht in der Lage, neue Steuerquellen zu eröffnen oder die alten Steuerquellen weiter auszubauen. Man trägt sich schon überall mit dem Gedanken, alle Steuererhöhungen jetzt wieder abzubauen, weil man die Mittel für sie nicht mehr schaffen kann. Ja, man geht mit dem Plane um, die Schuldenform zurückzuführen, weil alle diese Dinge Geld kosten. Und dabei können wir noch nicht wissen, welche Entlastung die nächsten Monate nehmen werden. Dem der Augenblick ist eher denn je. Die wirtschaftliche Krise nimmt an Umfang zu. In Magdeburg haben wir bereits 500 unerschuldete Arbeiterlose, für die gelohnt werden muß. Das sind Zustände, die in der Geschichte des neuen Deutschen Reiches seit 1870 nicht mehr vorgekommen sind. Das ist die Lage, wie es ist, was für den Mann Arbeit nicht einmal die Hälfte der Arbeiter einbezahlt ist, die notwendig sind, um die Hälfte der Arbeiter zu beschäftigen. An Wohlstandarbeiten ist gar nicht zu denken.

Meine Fraktion hat noch keine Stellung zu dem Bericht der Provinz genommen. Der Bericht ist zu erwidern, ob nicht Kommunalerträge, die heute noch zahlungsunfähig sind, nicht mehr belastet werden können, als die nicht zahlungsunfähigen Zuschüsse. Auch müßte die Umlage auf die nächsten Jahre mit verteilt werden. Wir haben ein Interesse daran, daß die Umlage der Verwaltung, die Gemeinden, insinkt bleiben. Sie sind heute fast zahlungsunfähig, weil man die Steuererhöhung nicht mehr durchführen kann.

Erster Bürgermeister Köster-Reg. (L. S.): Das Bild, das meine Kollege von der Not der Städte gemalt hat, ist noch nicht schwarz genug gezeichnet. Selbst in Mittelstädten ist die finanzielle Not ungeheuer groß. Die über die Vorlagen, die sich auf die Steuererhöhung beziehen, besteht gefahr, daß man die Kommunalerträge, die heute noch zahlungsunfähig sind, nicht mehr belastet werden können, als die nicht zahlungsunfähigen Zuschüsse. Auch müßte die Umlage auf die nächsten Jahre mit verteilt werden. Wir haben ein Interesse daran, daß die Umlage der Verwaltung, die Gemeinden, insinkt bleiben. Sie sind heute fast zahlungsunfähig, weil man die Steuererhöhung nicht mehr durchführen kann.

Landrat Dr. von Strauß-Luerfeld (Dem.) schildert die Lage der Kommunalerträge, die heute noch zahlungsunfähig sind, nicht mehr belastet werden können, als die nicht zahlungsunfähigen Zuschüsse. Auch müßte die Umlage auf die nächsten Jahre mit verteilt werden. Wir haben ein Interesse daran, daß die Umlage der Verwaltung, die Gemeinden, insinkt bleiben. Sie sind heute fast zahlungsunfähig, weil man die Steuererhöhung nicht mehr durchführen kann.

Korrekter Oberbürgermeister (Kommunist): Meine Vorkredner haben genug ausgesprochen, daß wir vor dem Vankerrott der kapitalistischen Profitvirklichkeit stehen. Die heutige bürgerliche kapitalistische Weltordnung ist am Ende ihrer Lebensdauer. Sie werden sich nicht durch die vorgeschlagenen Vor schläge diesen Zusammenbruch aufhalten. Mit diesen Mitteln werden Sie nicht aus den Klauen der Entente herauskommen. (Heiterkeit. Zuruf: Wie denn?) Wir müssen uns den Weg gegenständig vorstellen und die Sache mit anderen Augen betrachten. Dazu ist notwendig, daß... (Inzwischen hat der Redner längere Zeit kommunistische Vor schläge andeutete, wird er von dem Vorsitzenden mit dem Hinweis unterbrochen, daß er ausdrücklich erklärt habe, keine Vor schläge machen zu wollen.) Oberbürgermeister erklärt, daß der Vankerrott des Kaufes weiter und somit auch zum Zweck seiner Ausführungen, daß nämlich die Kommunalerträge abnehmen.

Landrat Dr. Dr. Gerdes-Torgau (Bürg. Ver.): Ich bitte im Namen meiner Fraktion um Umlagerung an den Hausbankauschuss. Eine Entlastung der Umlage ist unbedingt zu vermeiden, da sie

als Strafe für sparame Wirtschaft

für diejenigen aufgelegt werden kann, die es verdienen haben, sparsam zu wirtschaften. Die Befolgung des Vor schlags würde geradezu Schwandmuth als Strafe bedeuten. Der Tag, den wir begreifen, ist eine Debitanleihe. Das Haus muß sich einig werden, was zum Zweck seiner Ausführungen, daß nämlich die Kommunalerträge abnehmen.

Bürgermeister Bed-Orbelen (Dem.): Mich hat der Kreisauschuss geleitet, die Umlagerung des Debits auf eine Anleihe vorzuschlagen, die der sich aufbringende Fehlbetrag decken würde, zumal es sich um Steuern rückwirkender Kraft handelt.

Oberbürgermeister Dr. Kist-Saale a. S. (Bürg. Ver.): Die erste Vorlage, die den Provinziallandtag nach seinem Widerspruch beschließt, stellt sich gleich vor die sich zu erziehende Anleihe. Wir sollen darüber entscheiden, ob wir die Gemeinden mit Steuern belasten können, die sie zu tragen nicht imstande sind, oder ob wir die Zukunft auf eine Anleihe nehmen, die nicht die staatliche Genehmigung findet. Wir befinden uns, abgesehen von dieser äußeren Schwierigkeit, auf einer großen inneren Schwierigkeit, denn wir sind hier nicht allein beizumitteln als Provinziallandtagsvertreter, sondern wir sind auch noch als Gemeinde- und als Kreisvertreter heranzukommen. Wir wollen als Provinziallandtagsvertreter den Gemeinden nehmen, was wir als Gemeindevertreter der Provinz zu geben außerstande sind. Der Redner weist unter lauteifer Stille des Hauses ausdrücklich auf die Wege hin, die man gehen müßte, um die Folgen, die daraus entstehen. Als Mitglied des Hausauschusses, das hervortrat in den Beratungen über die Materie beizumitteln, kann der Redner mit genauer Debitierung die Verhältnisse durchgehen, wie sie sich nun dem Provinziallandtag in dieser Angelegenheit bieten. Er weist auf die Folgen hin, die eine Zahlungsstillsetzung mit sich gebracht hätte und weist ferner darauf hin, daß die Städte aus den Kredit verloren hätten, nachdem man ihnen die Steuererhöhung nahm.

Das Haus tritt nunmehr in die Einziehung von verschiedenen Resolutionen ein. Sitzung am Mittwoch vormittag um 10 Uhr vertagt. Zur Beratung stehen wichtige Vorlagen, u. a. die Verfassungsfrage, die Kleinrentenfrage, ein Antrag der Kommunisten betr. Zurückziehung der Eipo.

Die bürgerliche Verrechnung

Der diesjährigen Landtagsperiode besteht aus den Fraktionen der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Sozialpartei. Zentrum und Demokraten haben sich nicht angeschlossen. Vorsitzender der bürgerlichen Vereinigung ist Oberbürgermeister Vasi-Quedlinburg. Stellvertreter Herr von Engelbrecht-Flow, Landrat a. D. Albrecht. Zu Schriftführern wurden Dr. Carlson-Saale a. S. und Gemeindevorstand Dr. Albrecht-Saaleberufen. Beiführer sind Dr. Böhle, Rechtsanwalt, Magdeburg, und Freischer von Erffa, Wernburg.

Bayerische Kritik am Entwaffnungs-Gesetz

b. München, 22. März. Zur Annahme des Entwaffnungs-Gesetzes im Reichstag schreibt der Bayerische Courier, das führende Organ der Bayer. Volkspartei:

Wichtige sozialistische und Revolutionsinteressen seien in dem einseitigen Reichsinteressen ungewandelt worden. Der erste Entwurf des Gesetzes sowie das ganze Auftreten des demokratischen Reichsministers Klotz hätte gezeigt, wie weit die Abhängigkeit der Reichsregierung von den Mächten abzuwenden sei. Auch in seiner jetzigen Fassung werde das Gesetz den Interessen Bayerns nicht gerecht und vermöge den von Bayern geplanten Ausgleich aller Interessen nicht zu bringen.

Die im Gesetz vorgesehene Prüfung durch die oberste bayerische Landesbehörde ist nicht Bayern vernünftig im Widerspruch mit dem Gesetz stünde, kann nur zu dem Ergebnis, daß Selbstverwaltungsgarantien, die lediglich Wertung zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Reich sind, durchaus Schutz der Person und des Eigentums ruhiger Bewohner sind, nie und nimmer unter das im Friedensvertrag ausgeführte Verbot und daher auch nicht unter das neue Gesetz fallen können.

An der Haltung der bayerischen Regierung hat sich unbekannt der ihres Bundesministers nichts geändert; sie hält nach wie vor am Selbstschutz fest. In Bayern wird es übrigens sehr behauptet, daß die Fassung des Entwaffnungs-Gesetzes eine Verletzung an das Reichsgericht vorlag durch die unbillige Obsequenz der Deutschen nationalen an Fall gebracht wurde. Die Fraktionen des bayerischen Landtages und die neue Koalitionsparteien beraten heute bereits über die neue Lage.

Mit dem Gelegenheitsurteil zur Durchführung der Artikel 177 und 178 des Friedensvertrages über die Entwaffnung der Einwohnern wurde um sich die Vollziehung des Gesetzes durch die Gemeinden einherbringen. Der Entwurf, dem im Rahmen der bayerischen Regierung Staatsrat Wolff gegen die letzte Fassung des Gesetzes etabliert kein Interesse. Auch bei den Fraktionen des Reichstages sind bei dem Gelegenheitsurteil über Selbstschutz, die Frage der Vollziehung des Gesetzes durch die Gemeinden einherbringen. Der Entwurf, dem im Rahmen der bayerischen Regierung Staatsrat Wolff gegen die letzte Fassung des Gesetzes etabliert kein Interesse.

